

## **„Kaufkraft stärken, Arbeitsplätze sichern“**

**Massnahmen der CVP zur Ankurbelung der Wirtschaft**

*Verabschiedet vom Parteipräsidium der CVP Schweiz  
Mai 2009*

## **„Kaufkraft stärken, Arbeitsplätze sichern“**

### **1. Einführung**

Die CVP unterstützt das vom Bundesrat gewählte stufenweise Vorgehen zur Bewältigung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Beide bisher vom Bundesrat lancierten und vom Parlament mit grosser Unterstützung der CVP verabschiedeten Konjunkturprogramme enthalten Massnahmen, welche effektiv und schnell realisierbar sind. Zweckmässigkeit und rasche Umsetzbarkeit stellen in konjunkturell schwierigen Zeiten die zentralen Kriterien bei der Bewertung von Massnahmen dar. Mit den beiden verabschiedeten Konjunkturprogrammen bewegt sich die Schweiz innerhalb der Schuldenbremse. Es ist ihr gelungen, sich dem ruinösen Wettlauf vieler anderer Staaten um das umfangreichste und teuerste Konjunkturpaket zu entziehen. Dies ist überaus wichtig, denn Milliardenprogramme haben eine unkontrollierte Ausgabenspirale zur Folge, welche in keiner Weise verantwortet werden kann. Eine Schuldenwirtschaft heute führt zu massiven Steuererhöhungen morgen. Dies darf auf keinen Fall das Krisenmanagement der Schweiz sein.

Das Ende der Krise ist zurzeit leider noch nicht absehbar. Die Schweizer Wirtschaft wird im Jahre 2009 wahrscheinlich um 2.2 Prozent schrumpfen und die Arbeitslosigkeit bis 2010 auf 5.2 Prozent ansteigen. Die Stärkung der Kaufkraft der Familien und die Sicherung der Arbeitsplätze haben aus Sicht der CVP deshalb höchste Priorität. Doch dafür ist weder ein übertriebener Aktionismus noch die Aufgabe der Grundsätze der Ausgabendisziplin gefragt. Mit dem Dispositiv der Schuldenbremse und der darin verfügbaren Ergänzungsregel für ausserordentliche Situationen ergeben sich genügend Handlungsmöglichkeiten zur weiteren Ankurbelung der Wirtschaft.

Für die weitere Stabilisierung unserer Wirtschaft schlägt die CVP ein Zweipunkte-Programm zur Ankurbelung der Konjunktur vor. Die CVP ist überzeugt, dass diese gezielten Massnahmen notwendig sind, um den eingeschlagenen Weg der Krisenbewältigung erfolgreich für unser Land fortzusetzen.

### **2. Kaufkraft der Familien stärken**

- a) Für die CVP steht vor allem die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern im Vordergrund. Aus familienpolitischer, aber insbesondere auch konjunkturpolitischer Sicht ist es ausserordentlich wichtig, dass die geplante Familiensteuerreform möglichst rasch (wenn möglich auf den 1.1.2010) umgesetzt wird. Eine für die Familien spürbare steuerliche Entlastung, welche die Kaufkraft der mittelständischen Familien stärkt, kostet. Aus Sicht der CVP sind für diese Familiensteuerreform 800 Millionen Franken einzusetzen. Immer wieder wurde die Reform der Familienbesteuerung zugunsten anderer Vorlagen unverständlicherweise in den Hin-

tergrund gedrängt. In Anbetracht der derzeitigen Wirtschaftslage gibt es kein Zögern und kein zurück mehr. Die mittelständischen Familien müssen sofort steuerlich entlastet werden, da sie dank ihren Ausgaben die Konjunktur am besten anzukurbeln vermögen.

- b) Eine weitere steuerliche Entlastung der Schweizer Bevölkerung soll mit einem rascheren Ausgleich der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer erreicht werden. Die CVP Schweiz setzt sich dafür ein, die kalte Progression zukünftig bei einer Teuerungsschwelle von drei statt sieben Prozent auszugleichen. Damit entsprechen die geschuldeten Steuern besser dem realen Einkommen der Steuerpflichtigen, was diesen zu Gute kommt. Diese Anpassung ist notwendig und hält den administrativen Mehraufwand (im Gegensatz zur Variante des jährlichen Ausgleichs) in Grenzen.
- c) Die CVP Schweiz unterstützt den vorzeitigen Ausgleich der kalten Progression per 1.1.2010 nur, wenn zeitgleich auch die Reform der Familienbesteuerung umgesetzt wird. Die mittelständischen Familien und deren steuerliche Entlastung haben für die CVP oberste steuerpolitische Priorität.
- d) Zur Stärkung der Kaufkraft verfolgen wir unseren Kampf gegen die Hochpreinseln Schweiz. Für die Senkung des Preisniveaus ist von entscheidender Bedeutung, dass die vom Parlament beschlossene Zulassung von Parallelimporten aus dem europäischen Raum spätestens auf den 1.1.2010 in Kraft tritt sowie die derzeit in den Räten behandelte Revision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse möglichst rasch umgesetzt wird. Durch die Zulassung von Parallelimporten und die Beseitigung von technischen Handelshemmnissen sinken die Preise in der Schweiz, was den Konsumentinnen und Konsumenten zu Gute kommt.
- e) Die SBB steht auch in der Pflicht, ein Zeichen zu setzen, damit die Bahn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten attraktiv bleibt. Die CVP fordert von den SBB deshalb die Einführung von wahren, preiswerten „Familientarifen“.

### **3. Arbeitsplätze sichern**

- a) Junge Menschen nach der Ausbildung haben es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aufgrund ihrer fehlenden Berufserfahrung besonders schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Damit die Unternehmen junge, ausgebildete Einsteiger in den Arbeitsmarkt berücksichtigen, fordert die CVP eine Offensive zur Schaffung von 10'000 Stellen: Der Bund soll die Unternehmen mit monatlich 1'000 Franken pro zusätzlich angestelltem Jugendlichen unterstützen. Mit dieser konkreten Massnahme sollen die Unternehmen einen positiven Anreiz haben, zusätzliche Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger in ihrem Betrieb anzustellen. Die Massnahme ist auf zwei

Jahre zu befristen und ist mit einem finanziellen Aufwand von rund 250 Millionen Franken verbunden.

- b) Um einem weiteren Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sollen ferner Unternehmen, welche zusätzliche Lehr- und Praktikumsstellen anbieten, unterstützt werden. Für diese Arbeitnehmenden sind die AHV- und ALV-Prämien während höchstens einem Jahr zu erlassen. Die Betroffenen sollen die Gutschrift aber trotzdem erhalten. Diese Regel ist als Unterstützungsmassnahme gesetzlich auf fünf Jahre zu befristen. Es bleibt darauf hinzuweisen, dass die schlichte Umwandlung von regulären Arbeitsplätzen in Lehr- oder Praktikumsstellen unter keinen Umständen belohnt werden darf.
- c) Die CVP fordert bessere Rahmenbedingungen für Durchdiener, damit junge Männer, welche die Rekrutenschule absolvieren müssen und aufgrund der misslichen Wirtschaftslage in keiner anderen Anstellung stehen, sich für diesen Dienst entscheiden. Konkret fordern wir die Schaffung von 1'000 zusätzlichen Stellen für Durchdienerinnen und Durchdiener pro Rekrutenjahrgang. Damit sollen mehr junge Menschen die Möglichkeit erhalten, ihren Militärdienst an einem Stück zu leisten. Das VBS fordern wir auf, das erhöhte Kontingent in wirtschaftlich schwierigen Zeiten konsequent auszunutzen.
- d) Um die Benachteiligung der älteren Arbeitnehmenden auf dem Stellenmarkt zu beseitigen, sind bei Stellenverlust über 50 Jahren intensivere und raschere Massnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt angezeigt (z.B. Weiterbildung, Umschulung). Die RAVs und die Privatanbieter müssen bei den älteren Arbeitnehmenden neue Arbeitsmodelle und Integrationsmassnahmen vorsehen.
- e) Ferner sind die Unternehmen bei Sozialplanleistungen von der AHV-Pflicht zu befreien. Diese Massnahme bewirkt eine grosszügigere Ausgestaltung der Sozialpläne durch die Unternehmer, was den älteren Arbeitnehmenden besonders entgegenkommt.
- f) Die CVP Schweiz erwartet von den Unternehmen, dass sie ihre Verantwortung gegenüber ihren Angestellten wahrnehmen. Um den wirtschaftlichen Abschwung zu überbrücken, sollten die Unternehmen auf die ihnen in den Konjunkturprogrammen I und II zur Verfügung gestellten Möglichkeiten – sprich Arbeitsbeschaffungsreserven und Kurzarbeit – zurückgreifen. Personalabbau darf nur die letzte Option sein.
- g) Schliesslich verlangen wir, dass die Kantone die im Dezember 2008 vom Parlament und im Februar 2009 vom Bundesrat verabschiedeten Mittel in Höhe von 100 Millionen Franken zur Gebäudesanierung rasch einsetzen.